

Jochen Bantz
Sozialkoordinator der Stadt Laubach

Sachstandsbericht Beratungsstelle „Gemeinsam für Laubach“

Nachdem ein Antrag der CDU-Fraktion, eine Beratungsstelle für Ältere Mitbürgerinnen und Mitbürger in der Stadt einzurichten, mit großer Mehrheit durch die Stadtverordnetenversammlung verabschiedet worden ist, wurde ich beauftragt Möglichkeiten der Realisierung zu finden. Zwischenzeitlich wurde dieser Antrag durch weitere Entscheidungen der Stadtverordnetenversammlung ergänzt (Beratung für Behinderte, Ehrenamtsbörse, Mitfahrzentrale).

Im Sommer des vergangenen Jahres erfolgte im Rahmen eines Workshops über das Projekt „Gemeinwesenarbeit des Landkreises Gießen“ (Finanzierung durch Landkreis) erfolgte eine Bürgerbeteiligung. Dabei wurden die Wünsche und Erwartungen an eine Beratungsstelle formuliert. Die Ergebnisse wurden in einem Protokoll festgehalten und steht allen Mandatsträgern zur Verfügung.

Deutlich wurde der Wunsch, die Beratungsstelle im Gebäude des alten Bahnhofs zu realisieren. Nach Gesprächen mit Herrn Seifert vom VPST erfolgte die Konkretisierung. Verschiedene Kooperationspartner wie Kreisvolkshochschule, Oberhessisches Diakoniezentrum und ZAUG sagten ihre Beteiligung zu. Erste Beratungsangebote werden durch die KVHS seit Januar umgesetzt. Weitere Beratungsangebote beginnen noch im 1. Halbjahr 2019.

In der Weiterentwicklung der Liegenschaft können die vorhandenen Werkstätten (Holz- und Fahrradwerkstatt) sehr gut im Rahmen eines Projekts Repair-Cafe genutzt werden.

Schließlich plant der VPST mit Unterstützung des Landkreises Gießen die Einrichtung eines Teilhabe- und Begegnungszentrums am Beispiel der Gemeinde Solms. Hier sollen acht bis zwölf Menschen mit psychischer Behinderung eine Förderung erfahren, um sie wieder in den Lebensalltag zu integrieren. Aktuell führt der VPST im ersten Obergeschoss ein Sozial- und Kompetenztraining für Jugendliche der Schottener Reha an zwei Tagen in der Woche durch.

Seitens des Landkreises gibt es Überlegungen, in der benachbarten Flüchtlingsunterkunft eine „Produktionsschule“ für schulumüde Jugendliche einzurichten und die Räumlichkeiten des alten Bahnhofs mit den Werkstätten in das Konzept ein zu beziehen.

Für die Stadt ergeben sich neben den Vorteilen eines breit aufgestellten Beratungsangebots, das sich in Laufe der Zeit weiter entwickeln wird, ist durch die Zahlung von Nutzungsentschädigungen durch die Kooperationspartner auch ein – wenn auch nur kleiner – finanzieller Vorteil für die Stadt gegeben. Ansonsten würden die Räumlichkeiten brach liegen.

Nutzung durch Vereine gesichert

Sozialzentrum »Alter Bahnhof« nimmt weiter Gestalt an – Auch Landeswohlfahrtsverband interessiert

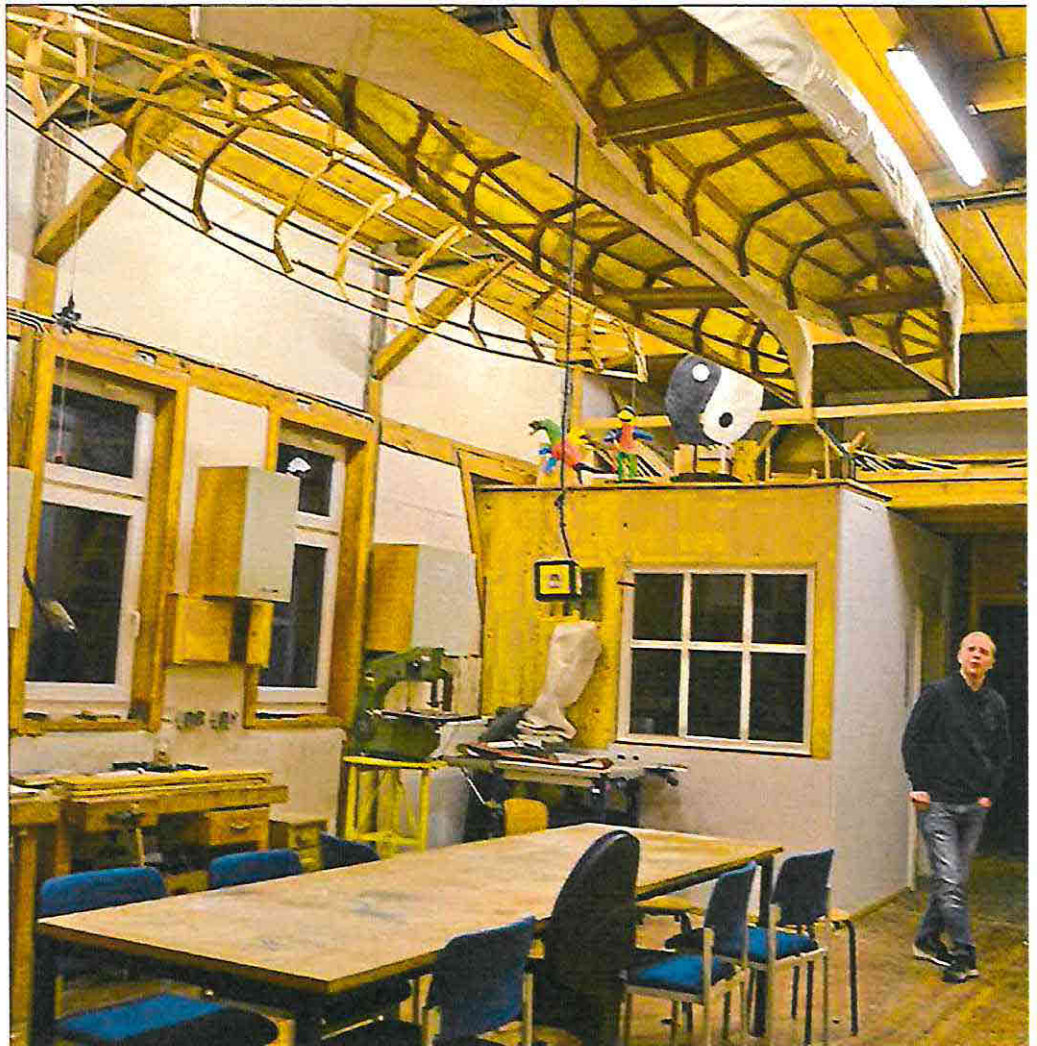
bach (tb). Die Kreisvolkshochschule
on da, berät beim Wunsch nach beruf-
Neuorientierung. Im April folgt das
riezentrum, bildet hier Hospizhelfer
Das Sozialzentrum »Alter Bahnhof«
Gestalt an, das Netzwerk wird immer
schiger, weitere Nutzer stehen auf der
Zumal: Bei der Neuverhandlung des
rtrags mit dem Verein für Psychoso-
-Therapie (VPsT) will die Stadt eine
nutzung durch Vereine sicherstellen.
res lässt das Votum des Sozialaus-
es erwarten, der am Montagabend im
of tagte. Da einstimmig gefasst, dürfte
adtparlament der Empfehlung folgen.
die SPD doch noch ihr Ziel erreichte,
Kernstadt neue öffentliche Räume für
e zu schaffen.

Teilhabe- und Begegnungszentrum

1 nach wie vor, so Klaus-Jürgen Neuß
artmut Roeschen im Ausschuss, fehle
kleineren Räumen, etwa für Vorstandsg-
gen. Das Angebot in Gaststätten sei zu
. Im neuen, begrüßenswerten Sozial-
m dürfte es doch, gerade abends, Kat-
ten geben. Roeschen erinnerte an den
ß seiner Fraktion, das Gerätehaus zum
s- und Kulturzentrum umzuwidmen.
gen der Gepflogenheiten aber habe die
eit in der Dezember-Sitzung nicht mal
üfung zugestimmt (die Gebäude sollen
ft werden, um so auch die Kosten des
us zu drücken; die Red.).

Düringer (CDU) mochte das Fass nur
Spaltbreit aufmachen, verwahrte sich
urz gegen Unterstellungen der Genos-
das Nein sei nicht politisch, sei rein
ch begründet gewesen, betonte der
onssprecher. »Der Antrag war einfach
gut.« Nicht zuletzt, da es in Laubach
ohl noch Räume, auch in Gaststätten,
Den neuen Antrag dagegen unterstütze
väre dies doch eine »optimale Umset-
der SPD-Idee.

Ende waren sich alle einig, an die Ver-
as Signal zu senden: »Ja, ihr sollt auch
sein.« Freilich unter der Prämisse, dass



Nur eine Option des Sozialzentrums Alter Bahnhof: In der Holzwerkstatt, bis 2011 vom internationalen Bund im Rahmen seiner Qualifizierungsmaßnahme für Langzeitarbeiter genutzt, könnten ein Repair-Café oder eine »Seniorenwerkstatt« einziehen. (Fotografie: ...)

mit dem VPsT als Mieter Einvernehmen hergestellt wird. Angedockt, aber nicht Voraussetzung ist der Auftrag an die Stadt, den Bedarf der Vereine abzufragen. Das würde die Organisation erleichtern, begründete Dirk Hofmann (FBLL) den Zusatzantrag.

Der VPsT nutzt seit Schließung der Tagesgruppe für Jugendliche 2016 nurmehr eine Teilfläche: Im Obergeschoss des Bahnhofs üben Menschen mit seelischen Problemen Alltagskompetenz neu ein. Der Rest des städtischen Gebäudes steht leer, bot sich für ein Kooperationsprojekt an.

An diese Anfänge des Projekts – angestoßen durch den CDU-Antrag für eine »Informationsstelle Älterwerden« – erinnerte am Montag Sozialkoordinator Jochen Bantz. Längst aber sei das Konzept weiterentwickelt worden. Neben den Angeboten der

Stadt – Informationsstelle, Seniorenwerkstatt, Repair-Café, Mitfahrzentrale, Informationsbörse, Vereinstreff – seien die Kur KVHS und »Stift« fix. Interesse zu ebenso Kreis und Arbeitsagentur, er werde etwa Flüchtlingsberatung und Produktionsschule für Schulverweigerer

Unter Ägide des VPsT geplant ist fern Teilhabe- und Begegnungszentrum für chronisch Kranke. Wie Joachim M. Kühr anfügte, habe der Landeswohlfahrtsverband Interesse angemeldet, nach dem Pilotprojekt in Solms eine solche Einrichtung an Laubach zu schaffen. Sofern es klappte, werde der LWV Zuschüsse gewähren.

Am Ende aber mahnte Bantz auf: »Wir sollten nichts überstürzen, nicht reinlassen, nur um Mieteinnahmen zu generieren. Das Projekt muss langsam wachsen.«

»Zukunftswerkstatt«

Am Anfang des Sozialzentrums »Alter Bahnhof« stand der CDU-Antrag, auf dem eine »Informationsstelle Älterwerden«, 2015 einstimmig vom Stadtparlament beschlossen. Im Rahmen einer »Zukunftswerkstatt«, an der im Vorjahr zahlreiche Laubacher teilnahmen, wurde das Projekt weiterentwickelt. Auf der Suche nach geeigneten Räumen wurde die Stadt schließlich im Alten Bahnhof fündig. (tb)

„Es kann eine tolle Begegnungsstätte werden“

Laubachs Sozialkoordinator Joachen Bantz stellt dem Sozialausschuss Pläne für die Nutzung des Alten Bahnhofs vor

LAUBACH (hek). Direkt vor Ort stellte Laubachs Sozialkoordinator Joachen Bantz den Mitgliedern des Sozialausschusses den Sachstand „Alter Bahnhof“ vor. Dort könnte nach den Vorstellungen des Sozialkoordinators ein Begegnungs- und Therapiezentrum entstehen, in dem unterschiedliche Organisationen und Träger Sprechstunden, Beratungen und Angebote organisieren. „Hier könnten viele Beteiligte mit unterschiedlichen Ideen ein Netzwerk ausbilden“, blickte Bantz optimistisch in die Zukunft. Allerdings betonte er, dass sich dies langsam entwickeln müsse.

Aktuell hat die Stadt Laubach den Alten Bahnhof an den Verein für Psychosoziale Therapie (VPsT) vermietet. Der bietet im ersten Stock an zwei Tagen in der Woche eine Tagesstätte für Jugendliche mit seelischen Problemen. Gab es dieses Angebot zunächst täglich, wurde es aufgrund rückläufiger Zuweisungen reduziert. „Um wieder Miete und Leben in den Bahnhof zu bekommen, haben wir versucht, neue Ideen zu entwickeln und weitere Partner für ein Netzwerk zu finden“, erläuterte Bantz den Kommunalpolitikern. Und einige haben sich bereits gefunden. So möchte der VPsT, neben dem Sozialkompetenztraining im ersten Stock, die Räume im Erdgeschoss nutzen,



Die ehemalige Umweltwerkstatt ist Teil des Konzepts für das Begegnungs- und Therapiezentrum.

Foto: Irek

um ein Teilhabe- und Begegnungszentrum zu installieren. In diesem sollen Menschen mit seelischen Behinderungen wieder einen geregelten Tagesablauf erlernen. Dazu bietet die Volkshochschule Licht bereits einmal pro Woche eine Berufsbildungsberatung im Alten Bahnhof an. Ab dem 1. April wird das Oberhessische Diakoniezentrum eine Hospizhelferberatung anbieten, und auch der Flücht-

lingskoordinator des Kreises soll Sprechstunden in Laubach anbieten. Aber auch die „Informationsstelle Älterwerden“, deren Einrichtung die Laubacher Stadtverordneten auf Antrag der CDU 2015 einstimmig beschlossen haben, könnte ihren Standort im alten Bahnhof finden. Darüber hinaus gebe es Gedankenspiele, in der ehemaligen Umweltwerkstatt eine Seniorenwerkstatt oder ein Repaircafé zu eta-

blieren. Mit den neuen Partnern arbeite der VPsT aktuell Nutzungsverträge aus, um den rechtlichen Rahmen abzuklären. „Wenn es langsam wächst mit qualitativ hochwertigen Angeboten, dann kann das eine tolle Begegnungsstätte werden“, fasste der Sozialkoordinator die Pläne zusammen. Zumal der Standort im renovierten Bahnhof der Stadt zunächst keine Investitionskosten beschert. Einzige die Kosten

für den Bau einer notwendigen Behindertentoilette müsste die Stadt noch aufbringen.

In diesen Rahmen könnten auch Pläne des Landkreises Gießen integriert werden, das benachbarte „Flüchtlingsheim zu einer Produktionsschule umzuwandeln“, wie Stadtverordnetenvorsteher Joachim Kühn in die Diskussion einbrachte. Diese könnte ebenfalls die Werkstätten mitnutzen. Allerdings sei mit einer möglichen Realisierung erst 2021 zu rechnen.

Aber auch ein Antrag der SPD-Fraktion, im Alten Bahnhof den Laubacher Vereinen Räume für die Vereinsarbeit zur Verfügung zu stellen, ließe sich realisieren. „In Laubach herrscht ein echter Mangel an geeigneten Räumlichkeiten, um Vorstandssitzungen durchzuführen“, begründete Hartmut Roeschen, SPD-Fraktionsvorsitzender, diesen Antrag. „Das ist in unserem Konzept bereits vorgesehen, allerdings sollten wir das nicht überstürzen“, meinte Bantz. Denn dieser Aspekt müsse in einer Neuverhandlung des Mietvertrags zwischen Stadt und Verein geklärt werden. Dennoch sprachen sich die Ausschussmitglieder einstimmig dafür aus, dass der Magistrat die Möglichkeit für eine offene Vereinsarbeit ermöglichen und den Bedarf dafür bei den Vereinen abfragen solle.